

FINAL verabschiedet am 23.07.2025

Kernaussagen der SBL Arnsberg für die Kommunalwahl 2025

Unsere Schwerpunkte

1. Arnsberg als lebenswerte, attraktive und sichere Stadt für alle!

Die SBL möchte ein lebenswertes, helleres und sauberes Arnsberg für alle hier lebenden Menschen. Dazu gehört auch, dass sich die Menschen sicher fühlen können.

Mehr Sicherheit kann dauerhaft nur mit mehr Prävention erreicht werden. Ordnungsmaßnahmen wirken auch, aber aus unserer Sicht nicht nachhaltig. Deswegen muss die vor einigen Jahren eingegangene Ordnungspartnerschaft zwischen Stadt und Polizei neu justiert werden.

Für den Bereich Streetwork müssen im Jugendamt unbefristete Stellen geschaffen werden, damit überhaupt erst einmal langfristig eine Vertrauensbasis mit den jungen Menschen durch die pädagogisch aufsuchenden Fachkräfte aufgebaut werden kann.

Bei schon strafrechtlich aufgefallenen jungen Menschen muss über die Jugendhilfe in Strafverfahren noch häufiger mit pädagogischen Maßnahmen gearbeitet werden. Auch in diesem Bereich darf nicht an Fachpersonal gespart werden.

Die in der Vergangenheit erfolgte Stärkung des kommunalen Ordnungsdienstes ist aus unserer Sicht ein positiver Weg, kurzfristige Erfolge zu erzielen.

Subjektive Angsträume (wie z. B. Treffpunkte vor allem junger Menschen) bedürfen einer besseren Ausleuchtung und architektonischen Gestaltung, um sie zu lebenswerten Räumen zu machen, die die Menschen dann auch gerne nutzen.

Auch eine wirksame kommunale Armutsbekämpfung trägt zudem zu einer lebenswerteren und damit auch sichereren Stadt bei. Auch hier muss erst alles präventiv versucht werden, bevor diese Personengruppe durch eine verstärkte Kontrolle aus dem Sozialraum vertrieben werden sollte.

2. Arnsberg als erste Stadt im HSK mit einer Gesamtschule!

Arnsberg braucht als größte Kommune im HSK dringend und endlich eine Gesamtschule! Der HSK ist der einzige Kreis in ganz NRW, der bisher keine einzige Gesamtschule hat. Sie soll das Angebot für die schulische Bildung erweitern, damit es mehr Wahlmöglichkeiten gibt, zusätzlich zu den bereits vorhandenen Schulformen.

Ein Schwerpunkt dieser ersten Gesamtschule könnte auch eine stärkere berufliche Orientierung auf „Nicht-Studien-Berufe“ sein, um noch mehr junge Menschen in unserer Region zu halten. Das wäre auch eine Maßnahme, um den Fachkräftemangel zu vermindern. Fast alle der in NRW bestehenden Gesamtschulen sind ein Erfolgsmodell.

Wir von der SBL kämpfen daher dafür, dass schnellstmöglich eine solche Gesamtschule durch die Stadt Arnsberg errichtet wird.

3. Arnsberg als erste Stadt im HSK ohne Kita-Beiträge!

Die Bildung unserer Kinder fängt spätestens in der Kindertagesstätte an und Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen und muss gebührenfrei sein! Allen Kindern müssen gleiche Bildungschancen gewährt werden!

Wir von der SBL kämpfen dafür, dass auch in Arnsberg die Kita-Beiträge endlich abgeschafft werden. Stattdessen soll Bildung über eine gerechte Steuerpolitik finanziert werden.

4. Arnsberg als Stadt mit bezahlbarem Wohnraum!

Wohnen muss in Arnsberg bezahlbar sein und es muss gerade in den größeren Ortsteilen zusätzlicher bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden!

Der viel gepriesene Markt gibt das nicht her; viele Mieten sind jetzt schon zu teuer und steigen weiter an.

Wir von der SBL kämpfen dafür, dass die Stadt Arnsberg als Bauherr mit Hilfe einer zu gründenden städtischen Wohnungsbaugesellschaft selbst eine größere Anzahl bezahlbarer Wohnungen in den größeren Ortsteilen baut und dadurch zur Verbesserung des Wohnungsangebots beiträgt.

Weiterhin brauchen wir ein aktives städtisches Wohnungsmanagement und eine Veröffentlichung verfügbaren Wohnraums.

Abriss intakten Wohnraums zwecks Umwandlung in profitträchtige Luxus-Wohnungen wird von uns entschieden abgelehnt.

5. Arnsberg als Stadt mit aktiver Armutsbekämpfung!

Um Armut zu vermeiden, bedarf es vieler Ansätze. Das effektivste Mittel ist eine Vollzeit-Erwerbstätigkeit mit auskömmlicher und tarifvertraglicher Entlohnung. Diese ist aber - aus unterschiedlichen Gründen - oft nicht realisierbar. Hier ist auch die Stadt gefordert, durch geeignete Maßnahmen zur Armutsvermeidung beizutragen. Dazu gehören weitere Angebote auf einem sozialen Arbeitsmarkt, das Angebot von Einstiegsmöglichkeiten und ein Beratungsangebot ohne Zugangshindernisse.

Wichtig sind auch Angebote für die Betreuung von Kindern jeden Alters.

Personen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, müssen die notwendigen Kosten für ihre Unterkunft zusätzlich zum Regelsatz ohne Einschränkungen erstattet erhalten, damit sie die Miete nicht teilweise aus ihrem Grundbedarfssatz bezahlen müssen. Hier sind die geltenden Höchstbeträge viel zu niedrig.

Für Menschen ohne Wohnraum brauchen wir in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Sozialbereich ein wirksames und aktives Angebot an Unterstützungs- und Hilfemaßnahmen.

6. Arnsberg als Stadt der Verkehrswende!

In Arnsberg sollte ein „Arnsberg-Ticket“ zum Abo-Preis von 0,50 Euro je Tag eingeführt werden, unabhängig vom Deutschland-Ticket, das derzeit knapp 2 Euro pro Tag kostet. Das würde den ÖPNV stärken und deutlich attraktiver machen. Des Weiteren müssen bestehende Buslinien nicht nur erhalten, sondern in den Randzeiten und am Wochenende auch für die Ortsteile erweitert werden. Ebenso fordern wir faire Preise für Gelegenheitsfahrten.

Alternativ würde auch durch die Einrichtung von On-Demand-Bussen (Bus kommt auf Anruf oder Bestellung über App) eine zusätzliche günstige und attraktive Variante bei der Mobilität geschaffen, vorausgesetzt, dass die Bestellungen einfach zu handhaben sind und bis etwa eine halbe Stunde vor der Abfahrt erfolgen können.

Das vom Rat der Stadt am 02.07.25 beschlossene Radverkehrskonzept muss schnellstens umgesetzt werden, um Radfahren in Arnsberg wirklich zu einer Alternative zum Auto zu machen. Besonders älteren Menschen würden getrennte Wege für Rad- und Fußverkehr mehr Sicherheit geben.

Kaputte Straßen und Brücken müssen zeitnah saniert werden.

7. Arnsberg als Stadt mit positiver Ortsteil- und Quartiersentwicklung!

Unsere Dörfer und Quartiere müssen auch künftig Orte attraktiven Lebens und Wohnens mit entsprechender Infrastruktur bleiben, ebenso wie die Innenstädte!

Dazu gehören der Erhalt der Nahversorgung mit Lebensmittelgeschäften (ggf. über genossenschaftliche Strukturen), Geldausgabestellen, ÖPNV-Anbindungen, Gemeinschaftsräume für ehrenamtliche Angebote (wie z. B. für Vereinsarbeit, Kulturangebote oder Kinder- und Jugendarbeit) und Arztprechstunden sowie Pflege- und Betreuungsangebote.

Die Bauplanung muss unter ökologischen Gesichtspunkten geschehen.

Wir von der SBL stehen hinter den örtlichen Vereinen und wir kämpfen mit ihnen dafür, dass die Infrastruktur in unseren Dörfern und Quartieren erhalten und wo nötig ausgebaut oder wiederhergestellt wird.

8. Arnsberg als digitale Stadt!

Alle Dienstleistungen der Stadt müssen digital abgerufen werden können, aber ohne dass die digitale Inanspruchnahme verpflichtend ist. Trotz vereinzelt guter Ansätze ist hier noch viel zu tun.

Vor allem für ältere Menschen muss es gut erreichbare Anlaufstellen geben, wo sie bei digitalen Beantragungen persönliche Hilfestellungen bekommen.

Durch die Einführung von Info-Points an zentralen Punkten müssen Infos über die Stadt, über Veranstaltungen, Highlights etc. aktuell und kostenlos abgerufen werden können. Eine Finanzierung wäre über Werbung denkbar.

Rats- und Ausschusssitzungen müssen digital übertragen werden, damit die Bürgerinnen und Bürger kommunalpolitische Beratungen verfolgen sowie Entscheidungen ggf. besser verstehen und dadurch akzeptieren können.

Selbstverständlich brauchen wir in unserer Stadt einen flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes.

9. Arnsberg als demokratische Stadt der Mitwirkung und Teilhabe, auch in Ausschüssen und im Jugendparlament!

Wir wollen die Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung ausbauen. Dazu gehören z. B. ein Internetforum für Anregungen der Bürgerinnen und Bürger und öffentliche Veranstaltungen zur Erläuterung und Diskussion des städtischen Haushalts.

Bei Themen mit allgemeinem Interesse (z. B. Straßenplanung, Schul- und Kita-Angebot) soll die Stadtverwaltung vermehrt zu BürgerInnen-Versammlungen einladen und die dort eingebrachten Anregungen ernst nehmen.

Im Rat und auch in den Ausschüssen muss es Einwohnerfragestunden geben, so dass sich die Bürgerinnen und Bürger ohne Voranmeldung mit Fragen zu den Themen der Sitzungen und zu anderen städtischen Angelegenheiten zu Wort melden können.

Kinder und Jugendliche müssen an politischen Entscheidungen, die ihre Gegenwart und Zukunft betreffen, altersentsprechend beteiligt werden, z. B. in einem Jugendparlament.

Genauso muss der Seniorenbeirat der Stadt Arnsberg mehr Mitwirkungsmöglichkeiten in den städtischen Gremien bekommen, orientiert an den Vorgaben, wie sie z.B. im Land Thüringen gesetzlich geregelt sind.